

Aus der Vergangenheit lernen heißt Zukunft gewinnen¹

Von Gesine Schwan

Der 9. November ist ein Gedenktag, der ob seiner vielfältigen Bezüge oft begangen wird. Mitunter gerinnt dabei Erinnerung zum bloßen Verweis auf die Vergangenheit. Doch was bedeutet Erinnern wirklich? Wodurch wird es gelenkt und bestimmt? Ist es das individuelle Gedächtnis des Einzelnen, das unser Bild von der Vergangenheit ausmacht? Sind es die innerhalb der Familie weitergegebenen Erinnerungen und Geschichten? Oder die Deutungen der Vergangenheit aus der Politik, dem Feuilleton und der Geschichtswissenschaft? Vor allem aber: Welche Rolle spielt die Erinnerung für das Hier und Heute, wie kann sie uns helfen, in der Gegenwart besser zu handeln, wenn wir uns die Vergangenheit vergegenwärtigen?

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass zwischen individueller Erinnerung, professioneller Geschichtsschreibung und politischer Vergangenheitsdeutung ein Zusammenhang besteht, der es uns ermöglicht, aus der Vergangenheit zu lernen. Der uns einen Weg öffnet, wie wir trotz nicht wieder gutzumachender Schuld unsere Geschichte so nutzbar machen können, dass wir auch im Jetzt einen Gewinn aus ihr haben. Zudem will ich offen legen, warum wir unsere Identität und ihre historischen Wurzeln neu bestimmen müssen. Kurz: Ich möchte dazu anregen, aus der Vergangenheit zu lernen, um Zukunft zu gewinnen.

I. Zukunft gewinnen

Denn wir Deutsche wollen Zukunft – wie alle Menschen! Wie tief dieser Wunsch unser Leben prägt, spüren wir erschrocken, wenn wir plötzlich von einer tödlichen Krankheit erfahren, die uns nur noch wenig Lebenszeit lässt. Wir sind verzweifelt, denn wir haben keine Zukunft mehr. Aber heißt Zukunft einfach Erwartung von Lebenszeit? Verzweifeln wir nicht auch umgekehrt, etwa in einer Depression, wenn wir in der vor uns liegenden Lebenszeit keinen Sinn mehr sehen können? Wenn sie uns keine Hoffnung lässt? Braucht Zukunft Hoffnung? Worauf hoffen wir, wenn wir uns Zukunft wünschen?

¹ Rede im Audimax der Ludwig-Maximilians-Universität München, 9. November 2008. Die Rede stammt aus einer Reihe von sechs Grundsatzreden, die Gesine Schwan im Rahmen ihrer *Demokratiereise* zwischen November 2008 und Mai 2009 an historischen Orten in Deutschland hielt. Die Reden sind in der Publikation [„Wege in eine gemeinsame Zukunft“](#) des Verlags J. H. W. Dietz Nachf. dokumentiert. Wir danken dem Verlag und der Autorin herzlich dafür, den Text auch im Rahmen der OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu veröffentlichen.

Auf zwei Begriffe möchte ich hier näher eingehen, die für mein Verständnis einer positiven Zukunft zentral sind: Freiheit und Glück.

Geglücktes Leben

Ganz allgemein hoffen wir auf ein glückliches, ein geglücktes Leben – als Einzelne wie als Nation. Was dazu gehört, ist nicht einfach zu sagen. Jedenfalls wohl, dass wir nicht hungern, dürsten oder frieren müssen, dass wir ein haltbares Dach über dem Kopf haben, dass zunächst einmal unsere wichtigsten körperlichen Bedürfnisse gestillt sind. Und je weniger selbstverständlich dies ist, desto mehr begreifen wir, dass wir uns als endliche Wesen nicht darüber erheben können. Mit wenig Fantasie können wir uns vorstellen, wie es denen geht, die Abend für Abend mit Hunger ins Bett gehen müssen. Stört uns der Gedanke an hungernde und frierende Menschen in der Zukunft, die wir uns wünschen?

Die großen Religionen sagen uns, dass er uns stören sollte, dass wir uns gerade den Leidenden zuwenden sollten: „Was immer ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, sagt Jesus mit Blick auf das Jüngste Gericht. (*Matthäus, Endgericht, 25, 40*) Diese fundamentale Regel des Christentums, den Appell zur Nächstenliebe und zur Gerechtigkeit, gibt es vergleichbar in der jüdischen und der islamischen Tradition. Das sind normative Weisungen. Gehört zu unserem geglückten Leben, dass nicht nur wir, sondern auch die anderen Menschen glücklich leben können? Gehören Gerechtigkeit und Solidarität zwischen allen Menschen dazu? In der Gerechtigkeitsforschung und neuerdings auch in der Wirtschaftswissenschaft hat man festgestellt, dass die Mehrheit der Menschen sich nicht wohl fühlt, wenn es ihnen deutlich besser geht als anderen. Und bei Katastrophen erleben wir oft eine beeindruckende Hilfsbereitschaft. Wo Leid konkret ist, wo wir sinnlich Mitleid empfinden können, wollen wir helfen, wollen wir Gerechtigkeit. Hier findet die religiöse Norm zumindest eine Unterstützung in der Erfahrung. Wie haltbar ist sie? Wie weit reicht sie? Für den logischen nächsten Schritt, nämlich den, gerechte Verhältnisse zu schaffen, fühlen wir uns oft nicht mehr zuständig. Das überlassen wir der Politik.

Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit

Nicht nur die aktuelle Krise auf den Finanzmärkten, auch der Blick in die Vergangenheit lehrt uns allerdings, dass sich das Private vom Politischen, von der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, nicht einfach abtrennen lässt. Er stößt uns darauf, dass krasse Ungerechtigkeiten und willkürliche Politik immer wieder das private Glück gefährden oder zerstören, oft auch Rebellionen provo-

zieren, weil Menschen sich ihre Lebenschancen nicht rauben lassen wollen. Sozialstaatliche Interventionen versuchen, Menschen vor Armut zu bewahren und mitunter auch sie zu ihrem Glück zu zwingen. Dann greift der Staat tief ins Private ein. Spätestens beim Blick auf die Totalitarismen des vergangenen Jahrhunderts wird deutlich:

Wir können die Politik nicht außer Acht lassen, wenn wir Gerechtigkeit herstellen möchten, und erst recht nicht, wenn wir in Freiheit leben wollen.

Freiheit ist, dies kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, das größte Menschheitsthema. Den Wunsch nach Freiheit, den Willen, sich nicht machtlos der Willkür anderer auszuliefern, sondern anerkannt und respektiert zu werden, finden wir in den großen Philosophien seit der Antike. Und er hat mehr und mehr an Bedeutung gewonnen und sich durchgesetzt. *Zukunft, auf die wir hoffen, will ein Leben in Freiheit für alle! Denn Freiheit ist das Unterpfand unserer Würde!*

Freiheit und Gerechtigkeit für alle: geglücktes Leben braucht Politik

Im Alltag ist uns dies nicht immer bewusst. Wir erleben Machtmissbrauch, ärgern uns darüber, versuchen, uns zu arrangieren. Krisensituationen aber können uns drastisch mit der Herausforderung konfrontieren, um der politischen Freiheit und der Würde willen unser privates Glück, ja unser Leben aufs Spiel zu setzen. Derartiger Mut begründet historische Orte der Demokratie.

Die Münchner Universität ist ein solcher historischer Ort der Demokratie. Hier im Lichthof der Universität, wenige Meter vom Auditorium Maximum entfernt, sind Sophie und Hans Scholl am 18. Februar 1943 mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Unmenschlichkeit der nationalsozialistischen Herrschaft aufgestanden. Ein paar hektographierte Flugblätter, versehen mit Fakten und Argumenten, sollten den Wahnsinn der NS-Herrschaft durchbrechen. Ihre Zivilcourage und ihr Mut sind uns Nachgeborenen bis heute Vorbild. Denn dass da junge Deutsche gegen Unfreiheit und Verbrechen rebellierten, dass nicht alle Landsleute im Nationalsozialismus mitgemacht haben oder auch nur mitgelaufen sind, schenkt uns Vorbilder, die wir brauchen, mit denen wir uns identifizieren, an denen wir uns in schwierigen Situationen orientieren können. Hans und Sophie Scholl sowie ihre Freunde haben alles riskiert für die Freiheit und Würde der anderen. Zu einem unerträglich hohen Preis, man wagt es gar nicht auszusprechen. Der Film über Sophie Scholl zeigt nur die aufwühlende Szene, wie ihr vor der Hinrichtung die prächtigen Haare abgeschnitten werden, doch wir alle wissen, was danach geschah. Wir wünschen uns sehr, dass ein solches Opfer in Deutschland nie mehr notwendig sein wird.

Dass es damals erbracht werden musste – *coûte que coûte*² –, vergegenwärtigt uns das heutige Datum. Denn München ist nicht nur die Stadt von Sophie und Hans Scholl. Sie ist in den zwanziger Jahren eine Hochburg des aufkommenden Nationalsozialismus gewesen. Hier fand am 9. November 1923 der von Hitler und Ludendorff angeführte Marsch auf die Feldherrnhalle statt, Hitlers erster Versuch, sich an die Macht zu putschen. Und hier in München war es auch, wo Joseph Goebbels am Abend des 9. November 1938, heute vor siebzig Jahren, die detaillierten Befehle zur Durchführung der Reichspogromnacht erteilte, die ja in der Lesart der Nationalsozialisten ein Ausbruch „spontanen Volkszorns“ war. Kontrastiert man dies mit den mutigen Handlungen der Weißen Rose, so leuchtet ihr Beispiel nur umso heller ins Heute herüber.

Wir müssen uns bewusst sein, dass derartige Opfer in vielen Teilen der Welt weiterhin jeden Tag erbracht werden müssen, weil dort Willkür und Unfreiheit herrschen. Menschen stehen gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit auf, weil ihnen ihr Gewissen dies abverlangt – selbst wenn sie wissen, dass dies ihren Tod bedeuten kann. Das zeigt uns, dass eine glückliche Zukunft nichts Privates und Zurückgezogenes sein kann, sondern auch das Öffentliche und Politische einschließt. Weil falsche Politik auch das kleine private Glück zerstören kann, müssen wir in unserem eigenen Interesse um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen. Aber dies sind wir auch unseren Mitmenschen schuldig, denen wir solidarisch verbunden sind. Der Philosoph Karl Jaspers nannte das unsere metaphysische Schuld. Wenn wir ein geglücktes Leben haben wollen, müssen wir diesen Kampf immer wieder führen.

Geglücktes Leben heißt sinnvolles Leben

Dies ist für uns aber nicht nur Verpflichtung, sondern auch Chance. Die Solidarität mit unseren Mitmenschen eröffnet uns die Möglichkeit, unser privates glückliches Leben eben in ein geglücktes zu verwandeln, indem wir unser Dasein aus der privaten Vereinzelung befreien und mit Sinn erfüllen. Das Wort Sinn verweist auf einen größeren Zusammenhang, in dem unser einzelnes Leben seinen Ort hat, durch den es seine Zufälligkeit verliert, seine Bestimmung erhält. Es ist schwer, sich täglich mit der eigenen Zufälligkeit und Bedeutungslosigkeit zu konfrontieren. Wenn wir sie nicht überwinden, empfinden wir leicht Leere in uns. Im Alltag schieben wir das oft weg. Wir begnügen uns mit Routineaufgaben, die uns Sinn stiften oder wenigstens ablenken sollen; darüber hinaus mit Bekanntschaften und Freundschaften, die uns etwas bedeuten. Diese sind in der Tat kostbar. Gerade

² „Koste es, was es wolle“ (red.)

gelungene menschliche Beziehungen, in denen wir uns gegenseitig halten und stärken, sind für ein geglücktes Leben ganz unerlässlich. Und doch braucht es mehr. Wir alle sehnen uns nach einem übergreifenden Sinnhorizont, in dessen Dienst Freundschaft und Liebe stehen.

Vergangenheit und Sinn

In der Vergangenheit haben Menschen Sinn ganz unterschiedlich begriffen, in den großen Mythen und Religionen zumal. Heute sind wir der Illusion beraubt, dass wir einen objektiven, allgemein verbindlichen Sinn erkennen, gar beweisen könnten. Metaphysik und Gottesbeweise sind an ihr Ende gekommen. Schon im 19. und 20. Jahrhundert sind hochfahrende Nationalismen an ihre Stelle getreten. Sie haben gezeigt, dass Menschen Sinn und Religionsersatz suchen und wohl brauchen, aber auch, welche Zerstörung ausgeht von der Anmaßung, einen objektiven, pseudoreligiösen Sinn durch Volk und Führer oder durch eine allwissende Partei-Avantgarde innerweltlich zu verkünden. Solche Hybris führt in Knechtschaft und Verbrechen. Nach den Katastrophen totalitärer Regime und Diktaturen ist uns die Freiheit noch teurer, den Sinn des eigenen Daseins selbst zu finden.

Einen solchen Moment der Bewusstwerdung von Freiheit haben wir Deutsche im November 1989 erreicht. Hierfür steht der positivste 9. November, den es in unserer Geschichte je gegeben hat. Er markiert nicht nur den Aufbruch zu einem geeinten und demokratischen Deutschland, sondern auch das Ende einer Reihe von geschichtspolitischen Vereinfachungen und Verzerrungen: die DDR als makelloser Staat der Antifaschisten, die Bundesrepublik als glückliche und geläuterte Demokratie. Diese im Kalten Krieg oft ohne jede Selbstkritik hochgehaltenen Bilder haben es uns über Jahrzehnte erschwert, uns über den historisch-politischen Ort, an dem Deutschland als Ganzes steht, einig zu werden.

Gerade die vierzig Jahre währende Konkurrenz zweier deutscher Staaten mit ganz unterschiedlichen Auffassungen davon, wie Vergangenheit und Gegenwart zu interpretieren seien, zeigt: Es fällt uns schwer, unseren Platz in einem Zusammenhang als sinnstiftend zu erfahren, der uns nicht vorgegeben ist, sondern den wir selbst verantwortlich finden und begründen müssen. Der Staat kann diesen nicht vorschreiben, denn dann würden wir uns als mündige Bürger verabschieden und erneut zu Untertanen werden. Das ist das Dilemma, in das uns die Freiheit der Moderne geführt hat. Wir können ihr nicht entrinnen. Wir wollen eine freiheitliche Politik. Sie ist der Kontext unserer Zukunft mit Hoffnung, aber sie kann den Sinn für unser geglücktes Leben nur bedingt stiften. Sie muss den Bürgern den Raum lassen, ihren Sinn selbständig zu finden. Wir leben in einer pluralistischen Ge-

sellschaft, deren Vielfalt wir anerkennen und bejahen. Allerdings kann Politik im Dienste der Freiheit die Erfahrung von Sinn begünstigen. Ich komme darauf am Ende zurück.

II. Aus der Vergangenheit lernen

Wenn wir Zukunft, also Hoffnung auf ein geglücktes sinnvolles Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, *gewinnen* wollen, heißt das: Wir können sie auch verlieren. Wodurch? Zum Beispiel durch falsches Handeln in der Gegenwart, dadurch dass wir Chancen verpassen oder verbauen, dass wir Fehler wiederholen, Konflikte verschärfen, deren besseres Verständnis uns geholfen hätte, sie zu vermeiden oder ins Positive zu wenden. Kann uns die Vergangenheit helfen, solche Fehler zu vermeiden, kann sie uns Orientierung für zukunftsgerichtetes Handeln geben, jenseits der fatalen Anmaßung einer gesetzlichen Notwendigkeit der Geschichte, der wir uns einzuordnen hätten und die uns deswegen gerade keine Zukunft in Freiheit ließe? Können wir also aus der Vergangenheit lernen, um Zukunft zu gewinnen? Vergangenheit befreit uns nicht von der Notwendigkeit, unseren Lebenssinn selbständig zu finden. Sie bietet uns aber eine wahre Schatzkammer an Erfahrungen und Orientierungen, mit denen wir uns auseinandersetzen können, um Fehler zu vermeiden, um unseren je eigenen Sinn auszumachen. Sie nimmt uns umgekehrt oft, ohne dass wir es merken, gefangen, raubt uns dadurch Freiheitschancen, wenn wir sie vernachlässigen.

Vergangenheit als individuelle Erinnerung

Was ist Vergangenheit? Zunächst die Zeit, die wir in der Gegenwart hinter uns gelassen haben. Aber ist schon die letzte Minute vor dem „Jetzt“ Vergangenheit? Die letzte Nacht bevor der heutige Tag begann? Rein zeitlich ja. Im Sinne einer Wirklichkeit freilich, auf die wir zurückblicken, vermuten wir einen gewissen Abstand zum „Jetzt“, auch wenn wir ihn logisch nicht eindeutig bestimmen können. Denn wir verbinden mit „Vergangenheit“ Vorstellungen über das, was gewesen ist, was wir getan haben, was andere uns getan haben, die ein Ganzes und damit einen Abstand bilden zur Gegenwart. Zugleich ragen diese Vorstellungen oft unbewusst in die Gegenwart hinein. In einem Ehestreit geht es häufig um weit zurückliegende Ereignisse, ein Geschehnis vor vielen Jahren, eine Lieblosigkeit, die im Kopf hängen geblieben ist – sie sind Vergangenheit, aber bis in die Gegenwart lebendig in unserer Erinnerung und in unserer Einstellung gegenüber dem Partner.

Vergangenheit begegnet uns also zunächst spontan in unserer Erinnerung. Sie bezieht sich auf unsere Lebenszeit, und viele wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, wie stark die Erinnerung,

das heißt die Vergegenwärtigung der Vergangenheit, von unseren Wünschen und Befürchtungen in der Gegenwart geprägt ist.

Wir nutzen die Vergangenheit selektiv, erinnerte Vergangenheit und erlebte Gegenwart verschränken sich. Dabei spielt *eine* Erfahrung eine herausragende Rolle: In unserer Erinnerung läuft in der Regel wie ein Film im Hintergrund die Frage mit: Wie ist es mir dabei ergangen? Habe ich gut dagestanden? Habe ich mich richtig verhalten? Diese Fragen betreffen im Kern unser Selbstbild und unser Selbstwertgefühl und wirken maßgeblich an der unbewussten Auswahl dessen mit, woran wir uns erinnern. Wir beziehen unsere Identität aus positiven Erinnerungen aus der Vergangenheit und blenden aus, was nicht zu unserem gewünschten Selbstbild passt. Denn es gehört viel Selbstüberwindung und auch Disziplin dazu, sich eine Vergangenheit ins Gedächtnis zu rufen, bei der wir schlecht dastehen, durch die unser Selbstwertgefühl bedroht wird.

In der Tradition der großen Religionen heißt das Gewissensprüfung. In Abwandlung eines berühmten Goethe-Wortes könnte man formulieren: „*Sage mir, woran Du Dich erinnerst, und ich sage Dir, wer du bist.*“

Erinnerung als Grundlage persönlicher Identität

Die Gewissensprüfung ist für uns alle eine ständige Herausforderung. Nicht nur in dem Sinne, dass wir daran den Mut erkennen können, sich schwierigen Erfahrungen in der Vergangenheit zu stellen. Sondern auch, weil unsere Identität, das heißt die Selbigkeit unserer Person, in unserer Erinnerung und durch sie erst entsteht. Denn wir leben in der Annahme, ein Leben lang, trotz aller äußeren und inneren Veränderungen, dieselbe Person zu sein. Die Gegenerfahrung machen wir, wenn Menschen ihr Gedächtnis verlieren, und weder für sie noch für uns – über den sich ebenfalls wandelnden Körper hinaus – vom Gestern zum Heute noch eine Brücke führt. Das ist eine überaus unglückliche Erfahrung, die mit der Zunahme der Demenzerkrankungen in unserer Gesellschaft an Bedeutung gewinnt. Der Historiker Golo Mann hat diese Gebundenheit von Gedächtnis, Erinnerung und Identität treffend auf den Punkt gebracht: „Indem wir wissen, wo wir sind und wie wir dahin kamen, wissen wir auch wieder, *wer* wir sind. Ohne Gedächtnis wüßten wir das nicht. Ohne Erinnerung könnten, müßten wir dumpfe Angst erfahren, hätten aber keine bewußte Identität. Ohne Gedächtnis gäbe es keine Vergangenheit. Es gäbe auch keine Zukunft. [...] Wir werden nie ohne Vergangenheit leben. Täten wir es, so würden wir eben nicht lange *leben*, sondern, uns selbst nicht mehr verstehend, im Dunkeln zugrunde gehen.“

Unsere verlässliche Erinnerung macht uns also zu einer mit sich selbst identischen Person und zugleich zu einem wiedererkennbaren und verlässlichen Partner für andere. Dabei kommt es weniger auf Einzelheiten des Faktischen an. Wichtiger ist die Kohärenz, ist der stimmige Zusammenhang zwischen verschiedenen Handlungen und Aussagen in Vergangenheit und Gegenwart, ist die Frage, ob ich stattdessen nach dem Motto lebe: Was geht mich mein Geschwätz von gestern an? Diese Stimmigkeit verlangt nicht, dass ich immer dasselbe sage oder denke. Täte ich dies, dann wäre ich kein lebendiger Mensch. Leben heißt Veränderung. Zum Zusammenhang und damit zur Stärkung der Identität tragen Veränderungen sogar bei, wenn sie bewusst und reflektiert geschehen und wenn sie in einen überzeugend begründeten Zusammenhang mit früheren, nun veränderten Positionen gebracht werden.

Mutige Erinnerung stärkt persönliche Identität

In diesem Fall führt zum Beispiel die Abkehr von erkannten Fehlern zu einer Stärkung der Persönlichkeit, weil wir den Mut aufgebracht haben, uns mit Falschem klarsichtig und präzise auseinanderzusetzen, was das Selbstwertgefühl hätte beeinträchtigen können. Besondere Autorität genießen bei gestrandeten Jugendlichen solche Polizisten oder Sozialarbeiter, die ihre eigenen jugendlichen Missgriffe nicht verdrängt haben, sondern in Erinnerung an sie und ihre damaligen Empfindungen, auch an das Leid, das sie ausgelöst haben mögen, Verständnis für die Fehler der Nachwachsenden und die Notwendigkeit ihrer Umkehr *zugleich* bezeugen können. Sie haben aus der Vergangenheit gelernt, das hat sie gestärkt und bietet ihnen die Chance, den Jugendlichen heute solche Stärke weiterzugeben, ihnen dabei zu helfen, ihre Fehler nicht zu wiederholen, ihre Zukunft zu gewinnen. *Je mutiger wir aus Fehlern in der Vergangenheit lernen, desto stärker werden wir, desto besser gelingt es uns, auch für andere, Zukunft zu gewinnen: „Ich sage euch: So wird im Himmel mehr Freude über einen Sünder sein, der Buße tut, als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen.“* (Lukas, Kapitel 15, Vers 7)

Vergangenheit als soziale Erinnerung und kollektive Identität

Aber Vergangenheit begegnet uns nicht nur in der individuellen Erinnerung der eigenen Lebenszeit. Sie greift zeitlich darüber hinaus in die Geschichten, die wir schon in früher Kindheit in unserer Familie, von unseren Großeltern, in unserem Dorf oder von Freunden hören und die über Dinge handeln, die wir nicht selbst erlebt haben. Wir identifizieren uns mit diesen Geschichten, werden so Teil einer kollektiven (was nicht heißt in sich einheitlichen!) Identität, weil wir den Menschen ver-

trauen, die sie erzählen. Sie ranken sich oft wie Mythen fort und prägen unsere Welterfahrung früh und nachhaltig. Je unbewusster, desto nachhaltiger.

Das kann gut ausgehen, wenn die Geschichten uns eine zukunfts offene lernbereite Haltung vermitteln, die den Grund legt für ein lebenslanges Lernen. Wenn meine Familienerinnerungen mir mitgeben, dass es sich lohnt, auf andere zuzugehen, dass Fremde nicht notwendig Feinde sind, dass ich gemeinsam mit anderen selbst gesteckte Ziele erreichen kann, dann eröffnet mir das jene Zukunft eines gegliückten Lebens in Freiheit, auf die wir hoffen. Wenn ich aber mitbekomme, dass die Welt schlecht ist, dass ich immer verlieren werde, dass lernen sich nicht lohnt, dass Hass und Ehre zusammengehören oder dass Ellenbogen die einzigen Instrumente sind, mit denen ich weiterkomme, dann konditioniert mich das zur Resignation oder für einen Lebenskampf, der jedenfalls der Idee einer Zukunft in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entgegensteht. Von den noch viel komplizierteren Vergangenheitsbelastungen, die das täglich Brot der Psychotherapie und der Psychoanalyse sind, ganz zu schweigen.

Freiheit durch kritisch bewusste Übernahme kollektiver Identität

Deutlich wird jedenfalls: Unsere persönliche Erinnerung vermennt sich oft mit den Erinnerungen unserer Nächsten und versieht uns mit einem sozial vermittelten Bild der Vergangenheit, das unsere Gegenwart prägt und Wege in die Zukunft öffnet oder verschließt. Es beeinflusst unsere Haltung gegenüber der Welt, gegenüber anderen Menschen und gegenüber uns selbst.

Zukunft in Freiheit gewinnen wir nur, wenn wir uns mit diesen Bildern der Vergangenheit auseinandersetzen, wenn wir unsere Identifizierung mit der Gemeinschaft, in der wir aufwachsen, die sie uns überliefert hat und zu der wir naturwüchsig gehören, überprüfen. Wenn wir deren Weltbilder bewusst annehmen, sie verändern oder auch verwerfen können. Sonst traue ich mir, wenn ich in einem misstrauischen Milieu aufgewachsen bin, nichts zu und verspiele Chancen – zum Beispiel die, eine aussichtsreiche Weiterbildung aufzunehmen. Sonst gebe ich den Versuch der Verständigung mit Nachbarn oder Arbeitskollegen von vornherein auf und lasse den Konflikten ihren Lauf, die mich dann belasten. Sonst wiederhole ich die Fehler meiner Vorfahren. Aus der Vergangenheit lernen, um Zukunft zu gewinnen, heißt, die unbewussten Bindungen und Belastungen bewusst zu machen, als frei handelnde Person damit umzugehen, die Teilhabe an der kollektiven Identität in eigener Verantwortung mitzugestalten.

Ohne Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bleiben wir an sie gefesselt, laufen wir Gefahr, unsere Zukunft in Freiheit zu verlieren. Das ist für Deutschland, dessen Bürger zunehmend unterschiedlicher Herkunft sind, sehr wichtig. Doch heißt „Auseinandersetzung“ schon lernen?

Darüber, was lernen heißt, gibt es Bibliotheken. Ich habe gelernt, wenn ich etwas kann oder weiß, was ich vorher nicht konnte oder wusste. Lernen bezieht sich also nicht nur auf Theorie, sondern auch auf Praxis. In unserem Zusammenhang kommt es entscheidend darauf an, dass Lernen nicht bewusst- oder kritikloses Nachmachen bedeutet, sondern Erwerb eines Wissens oder einer Fähigkeit, die ich mir selbständig, also mit eigenem Urteil, zu Eigen gemacht habe. Da wir Menschen ganz generell auf Entwicklung angelegt sind, da in unserer wandlungsreichen Zeit zumal immer weiteres und neues Lernen notwendig ist, gehört die Selbständigkeit der Aneignung unabdingbar zum Lernen. *Lernen heißt Fähigkeit zu Erneuerung, zur Innovation.* Sie ist die Voraussetzung dafür, unvorhersehbaren Herausforderungen gewachsen zu sein, ist die Voraussetzung für eine Zukunft in Freiheit. Das gilt auch für das Lernen aus der Vergangenheit.

Perspektivität von Geschichtsschreibung

Vergangenheit begegnet uns aber nicht nur als persönliche, sozial vermittelte Erinnerung, sondern überdies als öffentlich präsentiertes, ja inszeniertes Gedächtnis. Hier kommt die Geschichtsschreibung ins Spiel. Persönliche Erinnerung, öffentliches Gedächtnis und Geschichtsschreibung treten nicht säuberlich getrennt voneinander auf, sie beziehen sich aufeinander, beeinflussen einander, fordern einander heraus.

Katastrophen – das zeigt nicht nur die Finanzkrise des Jahres 2008, welche in uns die Bilder von 1929 heraufbeschwört – befördern offenbar das Nachdenken über die Vergangenheit. Der große antike Historiker Thukydides hat seine berühmte Schrift über den Peloponnesischen Krieg im 5. und 4. Jahrhundert vor Christus mit einer sogenannten „Archäologie“ des Krieges begonnen und dabei versucht, zwischen Anlässen und tieferen Ursachen des Konflikts zwischen Athen und Sparta zu unterscheiden. Über Jahrhunderte hinweg hat er damit der historischen Ursachenforschung als Vorbild gedient. Immer gehen in solche Untersuchungen Vorannahmen über die Menschen, die Beweggründe ihres Handelns, ihrer Vorlieben, Schwächen oder Stärken ein, die die Autoren zu meist nicht thematisieren, die aber das Ergebnis ihrer Erwägungen ganz entscheidend prägen. Wenn man wie Thukydides annimmt, dass es den Menschen vornehmlich auf die Vergrößerung ihrer Macht ankommt, um sich alle potenziellen Feinde notfalls untertan zu machen, dann wird man die

Ursachen vergangener Ereignisse und die Schlussfolgerungen für die Zukunft eben wesentlich als unabwendbare Machtkonflikte bestimmen und damit anders, als wenn man den Krieg, der viele Tote gekostet und großes Leid mit sich gebracht hat, auf mangelnde Verständigungsfähigkeit oder unnötige Vorurteile und Missverständnisse zurückführt.

Viel hängt also auch bei der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung davon ab, wonach man sucht und welche ursächlichen Zusammenhänge man schon zu Beginn der Erkundung für wichtig erachtet. Das heißt nicht, dass sich die Vergangenheit durch Geschichtswissenschaft einfach zurechtbiegen ließe. Doch man muss schon genau nachsehen, welches Geschichtsbuch unter dem Einfluss welcher Deutungsschemata verfasst wurde.

Geschichtswissenschaft und öffentliches Gedächtnis

Das sieht man zum Beispiel bei Leopold von Ranke. Im 19. Jahrhundert hat Geschichtswissenschaft sich als prononciert nationale Geschichtsschreibung verstanden, die eben durch ihre Erzählung von der Nation der Deutschen diese Nation einen und stärken wollte. Im Zuge der Pluralisierung von Gesellschaft und Staat, insbesondere aber nach den großen Erschütterungen der beiden Weltkriege sind unterschiedliche, ja gegensätzliche Deutungen auf den Plan getreten. Nach den Katastrophen von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg, von Totalitarismen und Diktaturen haben in den nachdiktatorischen demokratischen Gesellschaften heftige Auseinandersetzungen über die Deutungen der Geschichte und ihre Bedeutung für das Hier und Jetzt eingesetzt.

Spätestens in den 1980er Jahren war in der westdeutschen Geschichtswissenschaft die Vorherrschaft der nationalstaatlichen Sicht an ihr Ende gekommen. Eine dauerhafte Zwei-Staatlichkeit Deutschlands erschien auch aus historischer Perspektive zunehmend plausibel. Gleichzeitig befasste sie sich immer stärker mit vorher nicht beachteten Gruppen und Strukturen. Lutz Niethammers „oral history“, welche die einfachen Leute in langen Interviews zu Wort kommen ließ, und die groß angelegte sozialgeschichtliche Perspektive von Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka stehen paradigmatisch für diese neuen Richtungen.

Freilich geschah dies nicht widerstandslos. Der Blick zurück wurde mehr und mehr zum umkämpften Ort der Gegenwartsdeutung: Waren die Deutschen ein Volk der willigen Vollstrecker, wie Daniel Goldhagen vor zehn Jahren befand, oder ächzten sie als erste Opfer Hitlers unter der nationalsozialistischen Diktatur? Diese Deutungskämpfe waren unumgänglich und gut für die Demokratie. Noch Anfang der achtziger Jahre verfügten öffentlich-rechtliche Rundfunksender per Weisung, dass

der 8. Mai 1945 im Radio nicht als „Tag der Befreiung“ bezeichnet werden dürfe, was heftige geschichtspolitische Diskussionen zur Folge hatte. Bundespräsident Richard von Weizsäcker zog die Quintessenz einer jahrzehntelangen Debatte, als er in seiner Rede zum 8. Mai 1985 die kontroversen Interpretationen dieses Tages als „Zusammenbruch“ einerseits und „Befreiung“ andererseits zusammenführte. Dass die subjektive Erinnerung als Zusammenbruch mit der politischen Deutung als Befreiung vereinbar wurde, war jener kontroversen Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit, dem Abstand von vierzig Jahren Lebenszeit, der die Wunden bedeckt hatte, und nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, dass der Bundespräsident ein ehemaliger Offizier der deutschen Wehrmacht war, der um die Leiden der deutschen Soldaten und der Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg ebenso wusste wie um den Mord an den europäischen Juden und um die Verbrechen im Osten.

III. Lernen aus der deutschen Geschichte?

Die doppelte Bestimmung des 8. Mai 1945 als Zusammenbruch und Befreiung verweist auf etwas Tieferes: die nicht festgelegte Bedeutung von Vergangenheit für die Gegenwart. Thomas Nipperdey, der an dieser Universität gelehrt hat und viel zu früh verstorben ist, hat stets Vorsicht anmahnt, wenn man Lektionen aus der Geschichte ziehen wolle. Er wehrte sich gegen eindimensionale „Vorgeschichten“ zum Beispiel des Nationalsozialismus, in denen alles auf ein Ziel hinausläuft, so als ob es nicht unausgeschöpfte Alternativen, Zufälle, Uneindeutigkeiten oder einfach unglückliche Konstellationen gegeben hätte, ohne die die deutsche Geschichte einen anderen Verlauf genommen hätte.

Damit wird deutlich, dass Vergangenheit wie Gegenwart mehr Potenzial enthalten als zur Realität wird, und dass es deshalb für eine Zukunft geglückten Lebens im Persönlichen wie in der Politik darauf ankommt, diese Potenziale unter dem Aspekt einer angestrebten Zukunft in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausfindig zu machen. Es wäre grundfalsch, sie einfach als gegeben hinzunehmen oder gleichgültig auszublenden.

Wenn wir uns das vergegenwärtigen, können wir auch der unfruchtbaren Alternative entgehen, den Nationalsozialismus, dessen epochale Bedeutung, andauernde moralische Belastung und immer noch spürbare verheerende Folgen außer Frage stehen, entweder als notwendige Konsequenz der deutschen Geschichte oder als reinen Betriebsunfall zu begreifen. Es kann uns keinesfalls darum gehen, das Dritte Reich zu den Akten zu legen. Im Gegenteil:

Wir müssen begreifen, dass Geschichte nie eine abgeschlossene Erzählung ist, sondern dass auch die Vergangenheit ständig um- und fortgeschrieben wird.

Dies gilt auch für den Nationalsozialismus. Denn die Sicht auf das NS-Regime verändert sich auch durch die Frage, was wir denn daraus gelernt haben. Wenn wir unser heutiges individuelles und kollektives nationales Selbstwertgefühl, das durch Freiheit und Solidarität geprägt ist, zurückführen auf die Trümmerwüste von 1945 und den dadurch erzwungenen Neuanfang, tritt an die Stelle hoch emotionaler und durch Prämissen und Erkenntnisinteressen geleiteter Deutungen des Nationalsozialismus, wie sie noch im Historikerstreit im Mittelpunkt standen, eine Sicht auf die Jahre 1933 bis 1945, die durch den gemeinsamen Willen charakterisiert ist, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen – zum Beispiel im Hinblick darauf, wie wir mit Minderheiten in der Gesellschaft umgehen. Die NS-Zeit bliebe prägend, neben sie träte aber zum Beispiel auch das beherzte „Nie wieder!“, das Kurt Schumacher schon kurz nach der Katastrophe als moralischen Imperativ ausrief.

Statt also die Vergangenheit weiter zu beschweigen, wie es bis heute zumindest bei individueller Schuld aus Scham vielfach geschieht, können wir die historische Verantwortung produktiv in die Gegenwart und Zukunft wenden und uns künftig daran messen lassen, dass – und vor allem was – wir aus unserer Schuld gelernt haben.

Teil unserer Wiedergutmachung wäre dann, dass wir selbstbewusst Bereitschaft zeigen, über unsere privaten Interessen hinaus für Deutschland mit seiner gesamten Vergangenheit und mit Blick auf eine glückliche Zukunft Verantwortung zu übernehmen.

Politische Freiheit als Kultur des argumentativen Streits

Wie wichtig diese Verantwortung ist, zeigt sich am Schicksal der Weimarer Republik, der ersten Demokratie auf deutschem Boden. Weimar startete unter schwierigen Bedingungen. Doch die Republik scheiterte nicht an den zu schweren Reparationslasten und der Weltwirtschaftskrise, sondern an einem fehlenden inneren Grundkonsens darüber, wie der neue Staat im Vergleich zur vorangegangenen Monarchie zu sehen sei. Der 9. November 1918 ist geradezu eine Chiffre für nicht gezogene Konsequenzen aus der Vergangenheit. Zutage treten hier die gravierenden Defizite an demokratischer politischer Kultur in Teilen des Bürgertums wie der Arbeiterbewegung, erst recht im Adel, der bedrückende Mangel an Weitsicht und an Weltoffenheit, die Gefangenheit in der eigenen Wahrnehmung nach dem Ersten Weltkrieg, sowohl innergesellschaftlich als auch im europäischen Kontext, die Misstrauen bekräftigt und einer Verständigung im Wege gestanden haben: Der unge-

klärte Blick auf das, was zuvor gewesen war, zerstörte von Anfang an die freiheitlichen Chancen, die die Weimarer Verfassung begründet hatte.

Diese Botschaft ist auch heute noch wichtig, denn wir wissen, dass politische Kultur und persönliche Mentalität sich aus den langen Linien der Vergangenheit nähren und sich nur langsam ändern. Eine besondere Herausforderung stellt nicht nur für uns Deutsche die für die Demokratie unverzichtbare Fähigkeit zur öffentlichen Debatte und zur argumentativen Überzeugung dar. Immer noch neigen wir zu der autoritären Versuchung, politische Fragen lieber Führungspersonlichkeiten zu überantworten, anstatt uns im öffentlichen Streit an ihrer Klärung verantwortlich zu beteiligen. Freiheit, um die unsere Zukunft geht, haben wir in Deutschland lange vornehmlich als innere, moralische Freiheit gedacht und gelebt, die im Geschäft der Politik nur verunreinigt würde. „Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten...“ Viele von uns mögen sich an das Vormärzlied erinnern, dessen zweite Strophe lautet: „Ich denke, was ich will und was mich erquicket, doch alles in der Still und wie es sich schicket...“ Sich von der Politik ab- und der Kultur zuzuwenden, die Innerlichkeit zu pflegen und sich auf diese Weise „rein“ zu halten – diese Haltung hat der Entwicklung und Wertschätzung einer demokratischen politischen Kultur in Deutschland im Wege gestanden.

Nach 1945 hatten wir die Chance, zu lernen, dass die Fähigkeit zum argumentativen politischen Streit ein hohes Kulturgut darstellt, das man erwerben kann und muss, weil es das beste Instrument ist, um für gesellschaftliche Konflikte gemeinwohlverträgliche Lösungen zu finden. Und auch, weil Streit in der Sache hilft, neues Vertrauen zu schaffen. Er erfordert nämlich Begründungen, die sich auf das allen Gemeinsame, den demokratischen Grundkonsens, beziehen, ihn damit wieder ins Bewusstsein heben oder unter veränderten Bedingungen neu herstellen und dadurch bekräftigen.

Demokratische Macht durch eine Kultur der Zivilcourage

Ich komme zum Abschluss noch einmal auf das heutige Gedenkdatum zurück, das ja ein vielfaches ist – 1918, 1923, 1938, 1989 – : Der 9. November 1938 hat nicht nur für alle sichtbar die Skrupellosigkeit der NS-Führung offengelegt, sondern auch das politisch-kulturelle Defizit des Wegschauens und Mitlaufens im deutschen Volk. Wir wissen heute aus der Forschung, dass die Deutschen im Jahr 1938 keinesfalls ein Volk fanatischer Antisemiten waren. Viele haben die Hasstiraden des fränkischen Gauleiters Julius Streicher beschämt. Gerade auf die inszenierte Reichspogromnacht reagierten viele Deutsche mit Entsetzen. Man fand es unmenschlich, was mit den Geschäften und Synagogen der Nachbarn geschah und fürchtete sich auch vor negativen Reaktionen aus dem Aus-

land. Doch gegen das Plündern, Zerstören und Morden – neuen Berechnungen zufolge gab es über 1.300 Tote – ist kaum jemand aufgestanden, hat niemand öffentlich opponiert. Der Berliner Reviervorsteher Wilhelm Krützfeld, der in dieser Nacht die Synagoge in der Oranienburger Straße vor dem Ausbrennen rettete, in dem er gegen Befehl von oben Löschkräfte herbeioderte, steht hier als die mutige Ausnahme von der Regel. Sein Beispiel zeigt, dass Zivilcourage und beherzter Einsatz einen Unterschied machen können. Lernen können wir daraus, dass eine Gesellschaft ihre demokratische Zukunft umso besser sichert, je weniger sie sich aus Trittbrettfahrern und Mitläufern zusammensetzt. In einer Gesellschaft der Mitläufer riskiert der Mutige sein Leben. In einer Gesellschaft der Bürger mit Zivilcourage nicht, denn sie kann ein Bollwerk errichten gegen Machtmissbrauch und Willkür. Deshalb müssen wir gerade unter den vergleichsweise günstigen Bedingungen der Demokratie Zivilcourage einüben und praktizieren.

Das bedeutet für mich: *Ein Maß Skepsis gegenüber staatlichen Regeln tut uns allen gut, und ich sehe auch heute, in der Demokratie, so manche Infragestellung staatlich gesetzter Regeln durchaus unter dem Aspekt, dass sich hier eine lebendige Zivilgesellschaft unzureichend begründeten Kontrollansprüchen selbstbewusst widersetzt.* Dies zeigt mir, dass wir eine Bürgergesellschaft haben, die – wenn es hart auf hart kommt – Willkürhandlungen zu widerstehen vermag. Wie wichtig dies ist, zeigt der 9. November 1989. Als die Bürger der DDR sich darüber klar wurden, dass ihre individuelle Unzufriedenheit oder ihr in kleinen Zirkeln geäußelter Protest zu einer Bewegung angeschwollen war, die das ganze Volk erfasst hatte, war die Macht des Politbüros gebrochen. Die Ostdeutschen haben sich im November 1989 selbst befreit und für Deutschland die Chance errungen, vereint und in Frieden zu leben. Dabei hatten in Ost und West viele die DDR noch im Frühjahr 1989 für unerschütterlich gehalten. *Vergangenheit und Gegenwart enthalten eben oft unbeachtete Potenziale.* Nicht nur ihre wirtschaftlichen Schwächen, nicht nur die internationale Konstellation, nicht nur das Fernsehen, sondern vor allem und an erster Stelle die Entschlossenheit der Menschen haben die Mauer, die die Deutschen teilte, überwunden.

Aus der Perspektivität der Vergangenheit lernen

War das der Anfang einer geglückten Zukunft für Deutschland? Noch nicht. Wie immer bei großen Umbrüchen gab und gibt es enttäuschte Erwartungen, resignierte Nostalgien, Verbitterungen bei denen, die sich missverstanden fühlen, Unverständnis bei denen, denen es schwer fällt, sich in ande-

re hineinzusetzen. Auch innerhalb Deutschlands. Aus der Vergangenheit vergleichbarer Umbrüche können wir Geduld lernen und die Chance, die im Zuhören liegt.

Das gilt für die Deutschen aus Ost und West, und es gilt überhaupt für unsere immer vielfältigere Gesellschaft in Deutschland, deren Vergangenheit nicht nur vierzig Jahre zweier deutscher Staaten mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen umfasst, sondern auch mehr und mehr die der Herkunftsländer und der persönlichen und kollektiven Erinnerungen von acht Millionen Nicht-Deutschen und noch einmal so vielen Deutschen mit so genanntem „Migrationshintergrund“. Deren Identität speist sich auch aus ihrer jeweiligen Vergangenheit und Erinnerung, die eine andere ist als die der – ich gebrauche dieses Wort in Anführungsstrichen – „Mehrheitsgesellschaft“.

Deutschland wird, wie alle Länder Europas, vielfältiger. Wir begrüßen das als potenzielle Bereicherung, sehen aber gleichzeitig die Herausforderungen. Unser Land braucht in dieser veränderten Situation zur Stärkung gemeinsamen Handelns mehr innere Brücken, die Zusammengehörigkeit schaffen. Hier sehe ich eine gewaltige Aufgabe für den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin:

Wenn wir nicht mehr über *eine* Vergangenheit sprechen können, sondern vielfältige Vergangenheiten in den Blick nehmen müssen – ostdeutsche, westdeutsche, migrationsgeprägte und nicht zuletzt diejenigen von Heimatvertriebenen –, dann gibt es auch nicht mehr selbstverständlich *eine* Gegenwart.

Es braucht dann Instanzen in der Gesellschaft, und das Amt des Bundespräsidenten gehört hier an erster Stelle genannt, die diese unterschiedlichen Erfahrungen und Lesarten zusammenführen und zu einem modernen deutschen Selbstverständnis verdichten, das einerseits plural ist, andererseits aber das Verbindende und Gemeinsame betont und bestärkt. Nicht mehr einfache Repräsentation einer Nation, die als gegeben und unveränderlich betrachtet wird, wäre dann die vornehmste Aufgabe des ersten Mannes oder der ersten Frau im Staat. Neben sie tritt zunehmend die Moderation der unterschiedlichen Diskurse und Lebenswelten, die unsere Gesellschaft heute ausmachen, das heißt die „Vergegenwärtigung“ der Gemeinsamkeiten in ihrer lebendigen Vielfalt – womit man dem ursprünglichen Wortsinn von „Repräsentation“ wieder gerecht würde.

Ziel wäre es demnach, nationale Gemeinsamkeit innerhalb eines zusammenwachsenden Europas immer neu herzustellen. Nicht die Verkündung substantieller Gewissheiten steht meiner Auffassung nach im Mittelpunkt der Aufgabe des Bundespräsidenten, sondern – ich zitiere den Staatsrechtler

Ulrich K. Preuß – „die Repräsentation des diskursiven Charakters der Politik, der allein ein „Wir“ des politischen Gemeinwesens noch zu begründen vermag.“ Allgemeinverbindliche Grundlage hierfür sind die Werte und Normen unserer Verfassung. Doch ist die darin vorgesehene Gemeinsamkeit in unserer hochmodernen Gesellschaft ständig vom Scheitern bedroht und muss, um lebendig zu sein, mit der Kraft des Arguments stets neu hergestellt werden.

Thomas Nipperdey hat uns in seinen Schriften eindringlich vor voreiligen Schlüssen aus der Geschichte gewarnt. Geschichte zeigt die Perspektivität allen Wahrnehmens und Handelns – die der Damaligen und die der Heutigen. Wir Nachgeborenen dürfen es uns mit unserem Urteil nicht zu leicht machen. Wenn wir die Einsicht in unsere an bestimmte Deutungen und Perspektiven gebundene Wahrnehmung als Aufforderung begreifen, aus der Enge unseres Blickwinkels herauszutreten, uns an die Stelle der anderen zu setzen, ihnen zugewandt und neugierig zuzuhören, das Gemeinsame im Verschiedenen zu suchen und auf diese Weise neue Freunde zu gewinnen, dann bauen wir Brücken in unserem Land, dann haben wir für die Zukunft Deutschlands das Wichtigste gelernt: das was Kant in seiner „Kritik der Urteilskraft“ als eine der drei Maximen für den Gemeinsinn formuliert: „Jederzeit an der Stelle des anderen denken!“.

Aus der Vergangenheit lernen heißt einen neuen Gemeinsinn schaffen

Aus den verschiedenen Vergangenheiten zu lernen und sie alle als Teil unserer Geschichte zu betrachten, versetzt uns in die Lage, eine gemeinsame Zukunft zu gewinnen. Die Neugier ist ein hohes Gut menschlicher Kultur, und wir sollten sie zum Leitprinzip unseres Denkens und Handelns machen. Denn wenn wir auf eine geglückte Zukunft hin leben und handeln wollen – und wir Menschen sind auf Zukunft angelegt – , dann bietet uns die Auseinandersetzung mit unseren persönlichen und kollektiven Erinnerungen, mit dem öffentlichen Gedächtnis und mit der Geschichtsschreibung große Chancen.

Aus der Vergangenheit lernen heißt also, Handlungsfreiheit gewinnen, um unsere persönlichen und kollektiven Identitäten bewusst zu gestalten, sich auf die Suche nach historischen Erfahrungen zu begeben, die einer Zukunft in Hoffnung entgegenstehen, ebenso wie nach Potenzialen, die sie begünstigen. Aus der Vergangenheit lernen heißt verstehen, wie wir selbst und die anderen geworden sind, um uns besser mit ihnen über eine gelungene Zukunft zu verständigen. Aus der Vergangenheit lernen heißt, durch verlässliche Identitäten gegenseitiges Vertrauen und Gemeinsamkeit schaffen für eine Welt, die wir auch unseren Kindeskindern noch guten Gewissens überantworten können.

Nicht von ungefähr führen Kants *Maximen des Gemeinsinns* geradewegs zu unserem Ziel: aus der Vergangenheit lernend Zukunft zu gewinnen. Kant fordert in seiner „Kritik der Urteilskraft“: „Selbst denken!“ als Ausdruck freiheitlicher Selbstbestimmung, „Jederzeit mit sich einstimmig denken!“ als Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenhalts in verlässlicher persönlicher Identität und „Jederzeit an der Stelle des anderen denken!“ als Maxime der Gerechtigkeit in der solidarischen Zuwendung zu unseren Mitbürgern.

Für mich bedeuten diese Maximen Kants: Deutschlands Zukunft liegt nicht im Festhalten an einem aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Nationalgefühl, das eine normativ nicht zu wünschende und real nicht zu erreichende Homogenität unterstellt, sondern in der Stärkung eines neuen nationalen Gemeinsinns, der Einheit in Vielfalt durch gegenseitige Anerkennung will.

Unsere Zukunft liegt in einer kulturellen Identität, die nicht eine historische geronnene Nation beschwört, sondern die Menschen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Erinnerungen zum Ausgangspunkt immer erneuerter kollektiver Identität macht.

Wir brauchen ein republikanisches, ein selbstbewusst zivilgesellschaftliches Nationalverständnis, das die Nation als Aktionsgemeinschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger begreift.

Die Linie, der wir dabei folgen wollen, führt in der sich wandelnden Gesellschaft immer weniger vom Hohenzollernschloss zum Kanzleramt, sondern mehr und mehr vom Hambacher Fest zum Berliner Haus der Kulturen der Welt. Das ist die bürgerliche Freiheitstradition, in der wir stehen! Denn – ich kehre zum Beginn meiner Ausführungen zurück – Sinn im Politischen wie im Persönlichen finden wir nur in einer freiheitlichen, gerechten und solidarischen Gesellschaft!

***Prof. Dr. Gesine Schwan** (*1943) hat in Berlin und Freiburg im Breisgau Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft studiert.*

In der Folge studierte, lehrte und forschte sie u.a in Warschau, Krakau, Washington D.C., Cambridge, New York und Berlin. Von Oktober 1999 bis September 2008 war Gesine Schwan Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder.

Neben ihrer wissenschaftlichen Karriere arbeitete sie in zahlreichen politischen Gremien mit. So war sie etwa von 1977 bis 1984 und ist seit 1996 erneut Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Von 1985 bis 1987 hatte Gesine Schwan den Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) inne, 1994 bis 2000 war sie Mitglied des Vorstandes der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW).

In den Jahren 2004 und 2009 kandidierte Gesine Schwan für das Amt der Bundespräsidentin.